

Mitteilungen

für Mitglieder, SympathisantInnen und Freunde der

CVP Illnau-Effretikon

September 2018

www.cvp-illnau-effretikon.ch



Danke Markus!

Ganze 14 Jahre sass Markus Hürzeler für die CVP im Grossen Gemeinderat (GGR) von Illnau-Effretikon. Dabei war er in seiner gesamten Amtszeit Vizepräsident der Rechnungsprüfungskommission und während sieben Jahren Mitglied des Ratsbüros.

Die Abschlussitzung des GGR vom 14. Juni 2018 war auch die letzte Sitzung für Markus Hürzeler, nachdem er bei den vergangenen Wahlen bewusst Platz für den Nachwuchs machte. Seine konstruktive Mitarbeit und seine Sachlichkeit wurde im Rat parteiübergreifend geschätzt. Für Markus Hürzeler waren nicht Partikularinteressen oder das politische Spektakel von Bedeutung, sondern einzig der Blick fürs Ganze und die gesunde Weiterentwicklung unserer Stadt.

Für seinen langjährigen Dienst an unserer Gemeinde und für die CVP danken wir Markus Hürzeler von Herzen.



Die Arbeit von Markus Hürzeler wurde im Rahmen der GGR-Sitzung vom 17. Mai gewürdigt. Der Wortlaut kann auf unserer [Website](#) nachgelesen werden.

Unsere Ortspartei neu aufgestellt

Mit der konstituierenden Sitzung des Grossen Gemeinderates von Juli 2018 haben sich auch die Behördenmitglieder der CVP Illnau-Effretikon neu organisiert. Gleichzeitig kam es im Vorstand der Ortspartei zu einem personellen Wechsel.

Im Rahmen der Erneuerungswahlen von vergangenen April machte Markus Hürzeler im GGR bewusst Platz für den Nachwuchs. Der frisch gewählte CVP-Gemeinderat Kilian Meier übernimmt Hürzellers Platz im Ratsbüro. Matthias Müller, der seit 2014 für die CVP im Grossen Gemeinderat sitzt, ist neu Mitglied der RPK sowie neuer Fraktionschef der CVP.

Müller wurde an der vergangenen Mitgliederversammlung vom 18. Mai auch zum neuen Vizepräsidenten der CVP Illnau-Effretikon gewählt. Der bisherige Vizepräsident Yves Grünwald trat aus beruflichen Gründen von seinem Amt zurück. Im Rahmen der Mitgliederversammlung bedankte sich Klaus Gersbach, der als Parteipräsident einstimmig wiedergewählt wurde, bei Grünwald und Hürzeler für ihre Dienste an unserer Gemeinde und für die CVP.

Die Abstimmungen vom 23. September 2018



Eidgenössische Vorlagen

Bundesbeschluss vom 13. März 2018 über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]»)

In vielen Städten und Gemeinden gibt es heute schon Velowege. Ein gutes Velowegnetz hilft den Verkehr zu entflechten. So kommen sich Auto-, Velo- und Fussverkehr weniger ins Gehege und es lassen sich Unfälle vermeiden.

Der Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Velo-Initiative gibt dem Bund bei den Velowegen die gleichen Aufgaben wie bei den Fuss- und Wanderwegen. Er übernimmt jedoch nicht diejenigen Bestandteile der Initiative, die wesentlich über diesen Grundsatz gehen. Der Bund soll seine Kompetenzen im Bereich der Velowege

wie bei den Fuss- und Wanderwegen auf eine einfache Grundsatzgesetzgebung und subsidiäre Aufgaben beschränken. Planung, Bau und Unterhalt von Velowegen sind Sache der Kantone und Gemeinden.

Die nationale CVP-Fraktion hat diesen Bundesbeschluss einstimmig angenommen; auch an der kantonalen Delegiertenversammlung stiess der Gegenvorschlag zur Velo-Initiative auf **Zustimmung. JA.**

Volksinitiative vom 30. März 2016 «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»

Die Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» wurde von einem Initiativkomitee, getragen von der Bauerngewerkschaft Uniterre, eingereicht. Für die Initiantinnen und Initianten geht die Agrarpolitik des Bundes in die falsche Richtung. Sie kritisieren die verstärkte Öffnung der Märkte und den damit einhergehenden nationalen und internationalen Konkurrenzdruck für die hiesige Landwirtschaft

Ziel der Initiative ist es, die Agrarpolitik auf eine kleinbäuerliche, eher familiäre Landwirtschaft auszurichten sowie eine nachhaltige, vielfältige und gentechfreie Landwirtschaft zu fördern. Der Bund soll insbesondere für gerechte Produzentenpreise sorgen und in der Landwirtschaft höhere Einkommen sichern. Importprodukte müssen zudem die in der Schweiz geltenden

sozialen und ökologischen Normen erfüllen. Die Initiative führt zu stärkeren Eingriffen des Staates und Mehrkosten für die Konsumentinnen und Konsumenten sowie für den Staatshaushalt. Der Bund müsste auf bestimmten Produkten Zölle erheben oder die Einfuhr von Produkten verbieten; solche Massnahmen widersprechen geltenden internationalen Abkommen. Die Initiative enthält überdies Forderungen, die mit der heutigen Agrarpolitik – insbesondere auch dank dem im Herbst 2017 vom Volk klar angenommenen Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit – bereits berücksichtigt werden.

Die CVP lehnt diese Initiative auf eidgenössischer Ebene ab; auch die kantonalen Delegierten haben einstimmig die **NEIN**-Parole beschlossen.

Volksinitiative vom 26. November 2015 «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»

Die beiden am 23. September 2018 zur Abstimmung gelangenden Agrarinitiativen haben Aehnlichkeiten, doch die Kerne unterscheiden sich. Bei der Volksinitiative zur Ernährungssouveränität geht es zentral um Marktabschottung und um sonstige Branchensubventionen vor allem für kleinere Betriebe. Die von den Grünen lancierte Fair-Food-Initiative stellt derweil Umwelt, Tierwohl und Arbeitsbedingungen ins Zentrum. Die beiden Vorstösse überlappen sich zum Teil in Sachen internationaler Agrarhandel.

Die Lebensmittel in der Schweiz sind von guter Qualität und sicher. Die Bundesverfassung und verschiedene Gesetze sowie internationale Abkommen regeln detailliert, wie Lebensmittel produziert werden müssen und unter welchen Bedingungen sie importiert werden dürfen.

Die Fair-Food-Initiative verlangt, dass der Bund umweltschonend, tierfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel fördert. Dazu soll er für die Schweizer Produktion Vorgaben machen.

Diese Standards sollen grundsätzlich auch für importierte Lebensmittel gelten. Ihre Einhaltung müsste überprüft werden, zum Beispiel mit Kontrollen im In- und im Ausland. Die Initiative verlangt vom Bund auch, dass er die Auswirkungen von Transport und Lagerung auf die Umwelt reduziert, Deklarationsvorschriften erlässt, Massnahmen gegen die Verschwendung von Lebensmitteln trifft sowie regional und saisonal produzierte Lebensmittel fördert.

Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Anliegen dieser Initiative bereits grossmehrheitlich durch bestehende Gesetze und Verordnungen abgedeckt sind und somit eine neue Verfassungsregelung nicht nötig ist. Zudem würde die Produktion durch die vorgesehenen Handelshemmnisse verteuert und es könnten nicht mehr alle Produkte in der Schweiz angeboten werden. Aus diesen Gründen haben auch die kantonalen Delegierten diese Initiative mehrheitlich **abgelehnt**, wobei eine Minderheit der Delegierten für die Initiative stimmte. **NEIN.**

Auszug aus dem Votum unseres Präsidenten Klaus Gersbach an der Delegiertenversammlung für ein Ja zur Fair-Food Initiative

„Was für mich ein andauerndes Anliegen ist, und mit der Fair-Food Initiative aufgenommen wird, ist die Erhöhung der beschämenden Löhne der Pflückerinnen und Pflücker von Obst und Gemüse in den meisten Ländern der Welt, auch in Europa. Durch meine Tätigkeit als fachlicher Reiseleiter in praktisch allen Ländern der Welt mit bedeutendem Obstanbau, habe ich Kenntnisse zu diesen Erntelöhnen erhalten. Von «fair» ist da keine Rede, ersichtlich ist das auch an den unrealistisch tiefen Preisen für importierte Früchte und Gemüse in unseren Läden.

Relativ gut geregelt ist die Nahrungsmittelproduktion international mit den GAP-Richtlinien. GAP steht für **Good Agricultural Practice** (gute landwirtschaftliche Praxis). Insbesondere grosse Nahrungsmittelketten haben bei der Erstellung der zu Beginn EurepGAP-Richtlinien 1997 mitgearbeitet. Als damaliges Mitglied der

Schweizerischen Arbeitsgruppe für die Integrierte Obstproduktion SAIO, habe ich aus Sicht der Schweiz an diesen Richtlinien mitgearbeitet. Auf unseren Obstfachreisen konnten wir immer wieder feststellen, dass diese, heute Global-GAP Richtlinien aufgrund der Kontrollen der Abnehmer (auch aus der Schweiz) in Bezug auf Pflanzenschutzmassnahmen, Düngung, Hygiene und Rückverfolgbarkeit gut eingehalten werden. Wenn die Gegner der Initiative sagen, die Schweiz könne im Ausland keinen Einfluss nehmen auf die Produktion von Nahrungsmitteln, dann müsste man dazu die internationalen Kontrolleure unserer Grossverteiler fragen, ob ihre Arbeit in den verschiedensten Ländern der Welt einen Einfluss hat auf die Produktionsbedingungen vor Ort. „Sicher schon. Wer die GAP-Richtlinien nicht erfüllt, kann an unsere Firma nicht mehr liefern“, wäre sicher die Ant-

wort. Das ist auch gut so, nur sollten unsere Grossverteiler, genau wie zu Hause, auch am Produktionsort ihrer Früchte- und Gemüse-Palette auf faire Löhne achten.

Was in diesen internationalen GAP-Richtlinien bisher fast gänzlich fehlt, sind die sozialen Komponenten. Mindestlöhne sind darin leider kein Thema. Neustens gibt es allerdings ein freiwilliges GlobalGAP+ mit einem sogenannten Sozialmanagement, englisch als «welfare» bezeichnet. **GRASP** steht für **G**LO-BALG.A.P. **R**isk **A**ssessment on **S**ocial **P**ractice (<https://www.globalgap.org/de/>)

Würden für die Pflückerinnen und Pflücker unsere Importfrüchte laut dieser „sozialen Praxis“ bei GAP+ faire Löhne bezahlt, würde das den Pflückerinnen und Pflücker auf der ganzen Welt, auch in der Schweiz, zu fairen Arbeitsbedingungen helfen. Es würden dann, dank der Hilfe vor Ort, weniger Wirtschaftsflüchtlinge aus ihrer Heimat fliehen.

Wohl nicht umsonst hat der schweizerische Verband der Bäuerinnen und Landfrauen die Ja-Parole zur Fair-Food-Initiative beschlossen.

Auch in der Schweizer Landwirtschaft sind kostengünstige Erntehelfer aus dem Ausland von Nöten, damit unsere Schweizerprodukte mit den Billigimporten konkurrieren können. Fast die Hälfte der Lebens- und Futtermittel in der Schweiz wird heute importiert.

Ich stimme, zusammen mit Markus Ritter, dem Präsidenten des Schweizer Bauernverbandes und CVP- Nationalrat, JA zu dieser Initiative.

Ein Delegierter an der CVP-Delegiertenversammlung vom 20. August in Embrach, der im internationalen Gemüsehandel tätig ist, hat im Plenum mein Votum unterstützt und zitierte ihm bekannte, absolut unschöne Verhältnisse betreffend Behandlung und Entlohnung des Erntepersonal etwa auf grossen Gemüsebaubetrieben in Spanien.

Erfreulich ist, dass Fair-Food-Produkte in jüngerer Zeit in den Lebensmittelregalen etwas zugenommen haben und dass laut Umfragen bei der Bevölkerung das Thema Fair-Food ein sehr positives Echo ergeben hat.



Pflückerinnen und Pflücker bei der Mango-Ernte in Südafrika. Foto: Klaus Gersbach



Kantonale Vorlagen

Kantonale Volksinitiative «Film- und Medienförderungsgesetz»

Die Volksinitiative will kantonale Mittel für die Film- und Medienförderung gesetzlich verankern. Mit einem eigens erlassenen Film- und Medienförderungsgesetz würden die Film und Medienschaffenden gegenüber anderen Kulturschaffenden, wie zum Beispiel Musikern oder Autorinnen, bevorzugt. Das ist nicht gerechtfertigt. Die Regelung der Film- und Medienförderung durch ein Spezialgesetz steht im Widerspruch zur aktuellen Kulturpolitik des Kantons Zürich. Diese ist der kulturellen Vielfalt verpflichtet. **Wie die CVP-Kantonsratsfraktion lehnt auch die Partei diese Volksinitiative ab: NEIN.**

Kantonale Volksinitiative «Wildhüter statt Jäger»

Im Kanton Zürich sind heute lokale Jagdgesellschaften für die Hege und Pflege der Wildtiere zuständig. Die Jägerinnen und Jäger erbringen diesen Auftrag in ihrer Freizeit und absolvieren dafür eine umfangreiche Ausbildung. Die Initiative möchte die Milizjagd durch ein System mit staatlich entlohnten Wildhüterinnen und Wildhütern ersetzen. Ein solcher Systemwechsel ist mit vielen Nachteilen verbunden. Die Milizjagd hat sich bewährt und soll erhalten bleiben. **Die CVP lehnt diese Initiative deshalb ab. NEIN.**

Kantonale Volksinitiative «Stoppt die Limmattalbahn – ab Schlieren!» (Verzicht auf die zweite Etappe)

Die CVP Kanton Zürich stand von Anfang an hinter dem Projekt der Limmattalbahn. Die neue Bahn ist langfristig gesehen eine Investition in die Zukunft des Limmattals. Sie entlastet nicht nur die Strassen, sondern tut dies auch auf einer umweltfreundlicheren Ebene als dies Buslinien tun würden. Der Kanton Zürich hat gemeinsam mit dem Kanton Aargau die Limmattalbahn geplant. Über das Gesamtprojekt wurde am 22. November 2015 abgestimmt. Eine Mehrheit von 64,5 Prozent der Stimmberechtigten hat sich für eine neue, zuverlässige und sichere Stadtbahn zwischen Zürich Altstetten und Killwangen-Spreitenbach AG sowie diverse Anpassungen und Ausbauten am Strassennetz ausgesprochen. Auch der Kanton Aargau hat den notwendigen Kredit für seinen Kostenanteil am Projekt bereits beschlossen. Seit September 2017 wird die Limmattalbahn gestützt auf den rechtskräftigen Volksentscheid gebaut. Die erste Etappe wird im Herbst 2019 eröffnet. Die restliche Strecke soll ab August 2019 erstellt und 2022 in Betrieb genommen werden. **Die CVP ist nach wie vor von den Vorteilen der Bahn überzeugt und lehnt die Volksinitiative daher ab. NEIN.**



Foto: Matthias Müller

Nachruf für Hans Paul Gemperli, Präsident der CVP Bezirk Pfäffikon

Klaus Gersbach

Am 12. Juli 2019 mussten wir an der Beerdigung in Pfäffikon von unserem lieben CVP-Kollegen Hans Paul Gemperli Abschied nehmen. Er war auf einer Fahrrad-Tour, seinem liebsten Hobby, mit erst 68 Jahren an einem Herzversagen verstorben.

Als Präsident der CVP Pfäffikon war er seit dem 1. Juli 2018 auch wieder Präsident der CVP Bezirkspartei. Nur wenige Tage vor seinem Tod hatte ich mit ihm telefonisch die Vorbereitung der Kantonsratswahlen besprochen. Wir hatten zusammen immer einen angenehmen und wertvollen Kontakt zur CVP Politik im Bezirk.

Hans Paul war ein langjähriger, prominenter Politiker. In Pfäffikon präsidierte er die Primarschulpflege, 20 Jahre die Rechnungsprüfungskommission sowie die RPK der Katholischen Kirche. Er war Präsident der RPK der Kezo und seit diesem Frühjahr gewählter Gemeinderat von Pfäffikon.

Wir verlieren mit Hans Paul einen lieben Freund und kompetenten CVP-Politiker.

Unser Trost ist, dass Hans Paul ein erfülltes Leben leben durfte und aus Politik und Beruf unzählige Spuren hinterlässt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



Offene Fraktionssitzungen

Meinungsbildung zur Vorbereitung der Sitzungen des Grossen Gemeinderates (GGR)



Die nächsten Termine:

Mittwoch, 29. August, 20:00 Uhr
Kipferhaus, Wangenerstrasse 9, Effretikon

Mittwoch, 26. September, 20:00 Uhr
Kipferhaus, Wangenerstrasse 9, Effretikon

Mittwoch, 31. Oktober, 20:00 Uhr
Kipferhaus, Wangenerstrasse 9, Effretikon

Mittwoch, 5. Dezember, 20:00 Uhr
Kipferhaus, Wangenerstrasse 9, Effretikon

Sie sind herzlich eingeladen mitzudiskutieren!

Die Geschäfte des Grossen Gemeinderats werden jeweils im amtlichen Publikationsorgan "regio.ch" publiziert.

Weitere Termine zum Vormerken

Samstag, 27. Oktober 2018

Unterschriftensammlung auf dem Märtplatz

Freitag, 11. Januar 2019

Spaghetti-Plausch

Herausgeber dieser Mitteilungen:

Vorstand der CVP Illnau-Effretikon

Redaktion dieser Ausgabe:

Matthias Schweitzer und Matthias Müller

Verfasser der Beiträge:

Matthias Schweitzer, Klaus Gersbach und Matthias Müller

CVP Illnau-Effretikon
Klaus Gersbach, Präsident
Schlimpergstrasse 9A, 8307 Effretikon
PC 84-9822-9

E-Mail: klaus.gersbach@gmx.ch
www.cvp-illnau-effretikon.ch



<https://www.facebook.com/cvpllef/>